



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/47 - 25.2.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 089 890

## Ein-Partei-Herrschaft de facto

sp. Wie lange wird diese Koalition halten? Fragte man schon bald nach der Septemberwahl 1953. Jetzt ist sie beantwortet. Die FDP hat, wie Dehler es ausdrückte, "die Freiheit zurückgewonnen". Was im Regierungslager übrigbleibt, was formell noch eine Koalition sein. In Wirklichkeit ist nun das CDU-Ideal einer Ein-Partei-Regierung erreicht, denn mit ihren Vierteltausend Abgeordneten kann und wird sie die 32 Mitläufer aus DP und abgesplitterter FDP als ein politisches Nichts behandeln. Von den Ministern dieser Splittergruppen ist der allergeringste Widerstand gegen diese Politik der ständigen Vergewaltigung zu erwarten.

Die Koalition stand von Anfang an unter dem negativen Vorzeichen eines "Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie". Und das nicht indes in Demokratien natürlichen Rahmen eines Gegeneinanders von Regierung und Opposition, sondern weit darüber hinaus: Durch ständige Diffamierung sozialdemokratischer Motive, durch Ausschaltung der SPD bei der Erarbeitung von grundsätzlich wichtigen aussenpolitischen Konzeptionen, durch einen Missbrauch des numerischen Übergewichts der Kanzlerpartei und nicht zuletzt durch das Bestreben, die Sozialdemokratie, wo es nur anging, auch aus der Länderpolitik auszuschalten. Das alles hat sich bitter gerächt, gerade weil die SPD nach ihrer Vergangenheit, ihrer geschichtlichen Leistung, ihrer Stärke und ihrer Zuverlässigkeit einer der festesten Pfeiler der jungen deutschen Demokratie ist.

Selbst in Kreisen der Kanzlerpartei fand der autoritäre Kurs Adenauers immer mehr Kritik. Freilich konnte sie sich infolge der überragenden Stellung des Kanzlers und seines eigenen Anhangs nicht durchsetzen. Die FDP hat den Aufstand, der nun das Ende der Koalition herbeigeführt hat, natürlich nicht aus besonderer Sympathie für die in die politische Wüste abgedrängte SPD gewagt. Sie tat es aus Selbsterhaltungstrieb, aber auch, um die Starrheit aufzulockern, in der das politische Leben in der Bundesrepublik zu versteinern drohte.

Dazu gehört auch der absolute Stillstand in der Politik der Wiedervereinigung, den gerade eben Außenminister v. Brentano in Frankfurt a.M. in die geradezu klassische Form kleidete: "Ein Programm (zur Wiedervereinigung) aufstellen heißt, die deutschen Möglichkeiten über- und die politischen Realitäten unterschätzen." Wenn schon das Aufstellen eines solchen Programms zur deutschen Wiedervereinigung so beurteilt wird, dann ist das Resignation in ihrer reinsten Form, mit der sich nun auch die FDP und die Generation, die zehn Jahre nach dem Zusammenbruch jetzt langsam zum Zuge kommt, nicht länger abfinden will und wird.

+ + +

- 2 -

Frost - der schärfste Wahlkampf-Gegner

D., Stuttgart

Wer durch die Winterlandschaft von Baden-Württemberg fährt, gewinnt nicht den Eindruck eines Wahlkampfes. Und doch wird an Rhein und Neckar am 4. März ein neues Landesparlament gewählt, um dessen 120 Mandate sich acht Parteien bewerben. Der klirrende Frost trägt die Schuld, dass in den Städten und Dörfern Baden-Württembergs noch keine Wahlkampfstimmung herrscht. Zwar liegen die Plakate bereit, die Klebkolonnen aber halten Ausschau nach milderem Wetter.

Und doch sind sehr viele Wahlversammlungen gut besucht; es werden auch genug kritische Fragen gestellt. Die CDU will auch diesen Wahlkampf wieder mit dem Kopf des Bundeskanzlers bestreiten. Er ist allerdings nicht mehr so rüstig, wie er von den Plakaten herabsieht, die vereinselt an den Litfaßsäulen kleben. Davon mussten sich seine Freunde und Gegner an jenem 3. Februar überzeugen, da er in einer sorgfältig vorbereiteten Grosskundgebung sprach. Dort spürte man mit dem unbestechlichen Auge dessen, der den Vorsitzenden der CDU seit vielen Jahren widersah, dass die physische Kraft des alten Mannes vom Rhein viel wohl nicht mehr vermag. Immerhin, für diese Wahl ist der Kanzler noch attraktiv, wenn auch die voreiligen Ausführungen des Wehrbereichskommandos V viel bittere Stimmung im Lande auslöste.

Als die Bauern im Oberland und auf der Alb durch ihre Zeitung erfahren, was ihnen bevorsteht, begannen sie die CDU-Abgeordneten zu bestürmen. Sie fragten, warum gerade Baden-Württemberg zwei Panzerdivisionen brauche und wer das mit 150 Hektar bemessene Übungsgelände aufbringen sollte. 150 Hektar für jeden der 40 Standorte? Die CDU, der eine Antwort auf diese Frage schwer fällt, nimmt sich dafür mit Eifer der Vorgänge in Düsseldorf an. Sie beweist haarscharf, dass des Föderalismus' letztes Stündlein geschlagen habe.

Der hauptsächlichste Streitpunkt zwischen FDP und SPD liegt woanders. Die FDP verhalf in der letzten Sitzung des Landtages einem Privatschulgesetz zum Siege, das jeder anerkannten Privatschule erhebliche Geldmittel des Landes garantiert. Das Gesetz öffnete allen konfessionellen Privatschulen das Tor und trägt in hoher Masse die Gefahr zunehmender

Klerikalisierung in sich. Da die SPD standhaft ihre Zustimmung zu diesem Gesetz verweigerte, ist die FDP, die bei dieser Gelegenheit total umfiel, bei dem Kern ihres Liberalen Wählerkreises in eine verzweifelte Situation geraten. Im Ausschuss hatten ihre Vertreter noch einem vernünftigen Kompromiß zugestimmt, im Landtag entschieden sie wenig später gegen ihr "Gewissen von gestern". Sie taten es unter dem Leitsatz, "dass die konfessionelle Privatschule nun der Toleranz willen ertragen werden müsse". Man rätselt um den Preis dieser politischen Selbstaufgabe.

#### Offener Wahlausgang

Dennoch hütet sich jeder vor einer Prognose. Der Wahlausgang ist völlig offen. Die CDU rechnet sich immerhin aus, dass sie gegenüber der Bundestagswahl an Stimmen verlieren wird. Sie hofft aber wenigstens 50% der Stimmen halten zu können, die ihr damals neu zufielen. Bei fallenden Stimmzahlen würde sie dann immer noch 5 oder 6 neue Mandate für den Landtag gewinnen können. Sie hat jetzt 50, die SPD 38 und die FDP 21. 6 Mandate hat der BHE, die Kommunisten haben 4. Welche der beiden kleinen Gruppen die 5%-Klausel überspringen können, ist ungewiss. Vielleicht beide, vielleicht keine? Die drei restlichen Parteien, die sich zur Wahl gestellt, aber nicht in allen 70 Wahlkreisen Kandidaten zusammengebracht haben, werden vermutlich keine Chancen haben. Weder die DS (Hausleiter), noch die GVP (Heinemann) oder gar der kommunistische Ableger BdD (Bund der Deutschen) werden im neuen Landtag vertreten sein.

Die Ausgangspositionen für die Sozialdemokraten müssten am besten sein, wenn die Wähler ihre Stimme nach landespolitischen Grundsätzen abgeben. Die SPD hat eine echte Verwaltungsreform zur Verbilligung und Verbesserung der Verwaltung erstrebt, die an der CDU scheitert. Sie hat in den Gemeindegesetzen einen erheblichen Teil ihrer kommunalpolitisch fortschrittlichen Anliegen realisieren können, sie hat den Bau von Wohnungen und Schulräumen tatkräftig gefördert und als einzige Partei ein konkretes Wiederaufbauprogramm für die nächste Legislaturperiode vorgelegt. Nach dem schulpolitischen Unfall der FDP ist sie die einzige Garantie für die Verteidigung der christlichen Gemeinschaftsschule.

Nun finanziert auch Pankow den "Industriekurier"

sp. Der in Düsseldorf erscheinende "Industriekurier" ist in seinem politischen Teil ein Kampforgan des reaktionärsten Teiles der westdeutschen Schwerindustrie gegen die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und sozial Schwachen und dient in seinem wirtschaftlichen Teil der einseitigen Interessenvertretung seiner Finanziere bar aller volkswirtschaftlichen Skrupel. Zu diesem Zweck war das Blatt gegründet worden und zu diesem Zweck wird es direkt oder indirekt über Inserate finanziert, denn gemessen an der Zahl seiner zahlenden Abonnenten dürfte es zu den kleinsten der Bundesrepublik zählen.

Als Organ der Ruhrindustrie und des Monopolkapitals hingegen hat es Gewicht. Es unterstützt die Politik Adenauers und der CDU innen- und aussenpolitisch, soweit beide genügend Abstand von der SPD halten. Folgerichtig verfluchte der "Industriekurier" vom 23. Februar auf der 1. Seite die Regierungsumbildung in Nordrhein-Westfalen als "einen Weg, an dessen Ende nichts anderes als der Bolschewismus und der Untergang der westlichen Welt stehe"... Nun, <sup>am</sup> Ende der gleichen Ausgabe des "Industriekuriers" findet der geneigte Leser nicht weniger als 3 1/4 Seiten Anzeigen bolschewistischer Auftraggeber, nämlich der VEB Messgeräte- und Armaturenwerke "Karl Marx", VEB Maschinenbau "Ferdinand Kunert", VEB Schwermaschinenbau "Ernst Thälmann", weitere Sammelanzeigen der DIA (der sowjetzonalen-Export-Importzentrale) und entsprechender staatlicher Wirtschaftsapparate der übrigen Volksdemokratien aus Anlass der Leipziger Messe. Dazwischen bietet dann u.a. ein Westdeutsches Unternehmen Bandaufnahmegeräte für Telefonüberwachung und Gesprächsüberwachung im Taschenformat an. Man kennt ja seinen gegenseitigen Bedarf.

Wieso kommt der Industriekurier dazu, Inserate bolschewistischer Auftraggeber aufzunehmen? Da er das nur im Einvernehmen mit seinen sonstigen Finanziers getan haben kann, was wollen seine Hintermänner damit demonstrieren? Ihre Ergebenheit an die freie westliche Welt? Die Unverletzlichkeit des privaten Eigentums als der Grundlage der so gern bemühten abendländischen Kultur? Doch wohl kaum.

Man wird diese Inseratenplantage auch nicht, so nahe es liegt, mit dem "non olet" 'Geld stinkt nicht' abtun dürfen. Die Antwort löst

sich deshalb wohl nach Prüfung der zweiten, nicht minder interessanten Frage geben: Wieso kommt das Sowjettrönen-Regime dazu, mit seinen Geldern ein Blatt zu unterstützen, das der Unterdrückung der Arbeiterschaft dient, das von Unternehmern finanziert wird, die nachweislich jeden, sich für die Mitbestimmung einsetzenden Betriebsrat bei erster sich bietender Gelegenheit auf die Strasse setzten? Wo liegt das gemeinsame Interesse von Ulbricht und Reusch?

Die Antwort kann doch nur sein: In der Verhinderung einer Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit, weil nur so das Gewaltsystem in der sowjetisch besetzten Zone aufrecht erhalten und in der Bundesrepublik der SPD und den Gewerkschaften die verantwortliche Mitwirkung vorenthalten werden kann. Wenn ausgerechnet der Industriekurier die Inserate Volkseigner Betriebe, also von Unternehmen, die ihren Besitzern ohne Entschädigung entzogen worden sind, aufnimmt, so bedeutet das nichts anderes als die Zustimmung zu dem gegen den Willen der Bevölkerung in Mitteldeutschland errichteten Gewaltregime und die durch es geschaffenen Tatbestände. Wenn andererseits Pankow mit den Steuergeldern der Zone den Industriekurier unterstützt, so doch nur, weil es einen ausschliesslich politischen Zweck damit verfolgt, den "Industriekurier" in der Bekämpfung aller freiheitlichen, auf eine Wiedervereinigung Deutschlands gerichteten Kräfte der Bundesrepublik zu helfen. Bilden wir uns doch nicht ein, dass solche Inserate Zufall sind!

Übrigens, vor einigen Jahren gab es mal eine Inseratenplantage westdeutscher Unternehmen im Zentralorgan der westdeutschen KP, im "Freien Volk". Damals hatten sich - mit Recht - das westliche Ausland und Bonner Regierungskreise über diese Steigbügelhalterei empört. Wir sind gespannt, was man an den gleichen Stellen zu der Ostinsektion im Industriekurier meint.

+ + +

Kein förmliches Wahlrechts-Junktiv mehr

sp.-Obwohl die kommende Woche im Deutschen Bundestag allgmein  
sitzungsfrei ist, wird doch ein Ausschuss tagen: Es ist der Wahl-  
rechtssonderausschuss des Bundestages, der für seine Arbeiten die  
sitzungsfreie Woche benötigt, um sicherzustellen, dass die zweite  
und dritte Lesung des Wahlgesetzes tatsächlich am 14. und 16.3.1956  
durchgeführt werden kann. Es hat einige Überraschungen ausgelöst,  
dass die Terminierung 14. und 16. 3. 1956 im Ältestenrat schliess-  
lich gebilligt worden ist, nachdem es Tage zuvor noch so schien,  
als wenn das Junktiv zwischen Grundgesetzänderung und Soldatenge-  
setz auf der einen Seite und der Verabschiedung des Wahlgesetzes auf  
der anderen Seite (als Termin wurde immer der 7. 3. 1956 genannt)  
unauflösbar wäre.

Man verrät kein Geheimnis, wenn man sagt, dass dieses Junktiv  
ein Notwehr-Akt vor allem der Freien Demokraten gewesen ist. Ganz  
wohl war aber niemanden dabei, denn es wäre politisch nicht gut ge-  
wesen, wenn die so wichtigen Grundgesetzänderungen, die für die  
Einordnung der Streitkräfte in den demokratischen Staat und der  
Sicherung der demokratischen Rechte jedes einzelnen Soldaten von  
erheblicher Wichtigkeit sind, durch einen Wahlrechtsaufstand blok-  
kiert worden wären.

Es ist deshalb zu begrüßen, dass die CDU/CSU verbindlich  
erklärt hat, dass sich an dem zwischen ihr und der FDP getroffenen  
Wahlrechtskompromiß nichts ändert und eine Neuauflage irgendeines  
Grabensystems nicht zu erwarten sei. Obwohl dieses förmliche Junktiv  
nicht mehr besteht, muss sich aber die CDU darüber im klaren sein,  
dass die Vereinbarung im Ältestenrat über die Termine für die Grund-  
gesetzänderung, das Soldatengesetz und die Verabschiedung des Wahl-  
gesetzes eine sachliche Einheit bilden.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat sich allerdings  
niemals - und das werden die Verhandlungen in der kommenden Woche  
erneut erweisen - vollinhaltlich mit dem zwischen CDU und FDP er-  
zielten Wahlrechts-Kompromiß identifiziert. Sie steht nach wie vor  
zu ihrem Wahlgesetz-Entwurf, den sie im Ausschuss verteidigen wird

und sie wird sich auch entschieden gegen Teile der Wehrrechtsvereinbarung wenden müssen. So hält sie beispielsweise die nach diesem Kompromiß einzuführende Bundesliste für absolut überflüssig. Selbst die FDP sollte kaum noch ein grosses Interesse daran haben; denn für sie besteht nach der Spaltung der Fraktion keinerlei Veranlassung mehr, etwa den vier Bundesministern, denen kein Landesverband zu einem Listenmandat verholfen hätte, über die Bundesliste den Einzug in den dritten Deutschen Bundestag zu garantieren.

Die kommende Woche wird Aufklärung darüber geben, wie die Fraktionen im einzelnen aus der neuen Lage heraus Konsequenzen zu ziehen bereit sind. Man kann es nicht unterstellen, dass es die CDU beabsichtigt, aber trotzdem sollte die Warnung ausgesprochen werden: Jeder Versuch einer Rückkehr zum Grabensystem oder ähnlichen Manipulationen müsste verheerende politische Folgen haben.

+ + +

### Irreführung

sp.-Viele Samstagszeitungen haben die Meldung über einen Kompromiss zwischen SPD- und CDU-Unterhändlern in der verfassungsrechtlichen Behandlung der Wehrgesetzgebung mit Überschriften versehen wie "CDU und SPD einig über Wehrgesetze". Solche Überschriften sind irreführend. Der Leser musste daraus den Eindruck gewinnen, dass die SPD mit der Wehrpolitik der Bundesregierung schlechthin übereinstimmt. Schon beim Soldatengesetz wird sich aber zeigen, dass dies keineswegs zutrifft, denn die SPD wird dieses Gesetz ablehnen, und zwar weil es eine Folgeerscheinung der Pariser Verträge und der durch sie in Gang gesetzten westdeutschen Aufrüstung ist.

Der erzielte Kompromiss bezieht sich vielmehr ausdrücklich auf Verfassungsänderungen, die durch die Schaffung einer Bundeswehr notwendig werden. Dadurch konnte die SPD zum Beispiel erreichen, dass Frauen nicht in den Wehrdienst einbezogen werden, dass die Gerichtsbarkeit in der Bundeswehr zivilen Charakter haben wird, dass der Verteidigungsfall nur durch den Bundestag festgelegt werden kann, wie überhaupt erst durch diese Verfassungsänderungen ein Schutz gegen möglichen Missbrauch der Militärmacht zum Schaden der demokratischen Entwicklung und auch des einzelnen Staatsbürgers während seiner Soldatenzeit geschaffen wird. Eine Nichtbeteiligung der SPD an dieser Frage hätte zwangsläufig dazu geführt, dass überhaupt keine Sicherungen solcher grundsätzlichen Art in die Verfassung eingebaut worden wären, weil die Regierung und ihre Parteien den Standpunkt vertraten, dass für die ganze Wehrgesetzgebung Änderungen des Grundgesetzes nicht notwendig seien.

Diese Feststellungen sind notwendig, um Missverständnisse zu beseitigen, die durch eine irreführende Berichterstattung in die Bevölkerung hineingetragen wurden.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Reunau